

Bericht aus dem Rathaus

DIE LINKE.
S C H W E R I N

.....
Januar 2018
.....

Viel Theater am Theater?!

Eine schriftliche Dienstanweisung mit der Überschrift „Unabgesprochene politische Meinungsäußerungen“ hat dem Mecklenburgischen Staatstheater bundesweit Schlagzeilen beschert.

Unter Bezug auf „kritische Wortbeiträge, erhebliche Schwierigkeiten“ und den „teilweise großen Unmut“ bei Trägern, Partnern und Sponsoren hatte der Intendant den Kolleginnen und Kollegen faktisch einen Maulkorb verpasst und darüber hinaus bei Zuwiderhandlungen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht.

Ein wohl einmaliger Vorgang, der völlig verkennt, dass Theater „seit dem 18. Jahrhundert als Kunstform existiert, die von Demokratie lebt und sie vor allem auch belebt“, wie Benno Schirrmacher von der Berliner taz zu diesen Vorfällen schreibt. Schon immer hat man sich am Theater künstlerisch mit aktuellen Themen befasst, zum Nachdenken angeregt und gegen Zensoren Meinungsfreiheit ge-

fordert. Schuldig geblieben ist der Intendant bis heute die Antwort auf die Frage, was konkret denn seine Anweisung ausgelöst hat.

Im Aufsichtsrat wurden etwaige Probleme jedenfalls nie besprochen, sagte Marleen Janew, stellvertretende Stadtpräsidentin und linkes Urgestein im Theater Aufsichtsrat und trat als Mitglied desselbigen zurück.

Fraktionschef Henning Foerster machte deutlich, dass ihn vor allem das Schreiben des Betriebsrates nachdenklich stimme. Wenn dort von „einem Klima der Angst und der juristischen Drohungen“ die Rede sei, müsse noch mehr im Argen liegen. Daher sei es auch nur folgerichtig, den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, auf die Rücknahme der Dienstanweisung zu drängen und einen Moderationsprozess einzuleiten, der künftig wieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ermögliche.

Kontroverse um Graffiti

Diskussionen über Graffiti gibt es in vielen deutschen Städten. Auch DIE LINKE verschließe nicht die Augen vor dem Problem beschmierter Häuserwände in Schwerin, so Fraktionschef Henning Foerster in der Debatte. Die Beseitigung ist für die betroffenen Eigentümer teilweise mit erheblichen Kosten verbunden. Allerdings ist die Rechtslage eindeutig.

Graffiti, das sich nicht mal eben mit dem Taschentuch wegwischen lässt, führt zu einer Substanzverletzung und damit zu einer Sachbeschädigung, die strafbar ist. Zudem gibt es zivilrechtliche Schadens-

ersatzansprüche gegen denjenigen, der sich beim Sprühen erwischen lässt. Deshalb sind Behauptungen, es gäbe Lücken in der Gesetzgebung haltlos. Zudem ist es ein alter Irrtum, dass mehr Repression und höhere Strafen die Leute automatisch von ihren Taten abhalten würden.

Oft sind solche Maßnahmen erwiesenermaßen wirkungslos. Deshalb setzt DIE LINKE auf Prävention, will die Gutwilligen in der Sprayerszene erreichen und legale Ersatzflächen zur Verfügung stellen. Diese sollen im Dialog mit den Jugendlichen gefunden werden.

Sie suchen aktuelle Informationen über LINKE. Politik in der Landeshauptstadt Schwerin oder wollen sich einbringen?
Dann besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter www.die-linke-schwerin.de
Dort finden Sie viele Informationen über unsere Partei und ihre Fraktion in der Stadtvertretung.

Sicherer Schulweg für Grundschüler

Aufgrund der Innensanierung der Heine Schule ziehen 13 Klassen mit 326 Schülerinnen und Schülern für die nächsten anderthalb Jahre in die neue, staatliche Grundschule am Ziegelsee um. „Unser Anliegen war immer kurze und vor allem sichere Schulwege für kurze Beine zu haben“ sagte Vizepräsidentin Marleen Janew in der Debatte.

An Beispielen machte sie deutlich, wo Handlungsbedarf bestehe und wies darauf hin, dass die vom Oberbürgermeister ins Spiel gebrachten Schülerlotsen mit Blick auf das dafür vorgeschriebene Alter wohl keine Lösung darstellen. Der Antrag wird nun in den Ausschüssen weiter beraten.

Investoren den roten Teppich auslegen? – Ja klar, aber!

Selbstverständlich hat auch DIE LINKE ein Interesse an der Ansiedlung zukunftssträchtiger Arbeitsplätze in Schwerin. Es war eine linke Oberbürgermeisterin, die im Verbund mit Invest in M-V und der Landesregierung jahrelang erfolgreiche Ansiedlungspolitik betrieben hat.

Seitdem wird der Industriepark Süd als attraktives Gelände betrachtet und nicht mehr als „Norddeutschlands am besten beleuchtete Skaterbahn“ belächelt. Im Fall des Ansiedlungsvorhabens auf dem Gelände der alten Straßenmeisterei am Ziegelsee gibt es jedoch noch einige Fragen zu klären, wie Gerd Böttger in der Debatte verdeutlichte.

So gibt es neben der Goeke Technology Group, die eine „Denkfabrik für Ingenieure“ mit 40 Arbeitsplätzen und Wohnungen für selbige am Wasser errichten will, auch ein Schweriner Unternehmen, welches auf demselben Areal eine Marina inklusive der seit Jahren diskutierten Wassertankstelle errichten will. Folgerichtig standen auch zwei Anträge, die unterschiedliche Entwicklungen vorschlagen auf der Tagesordnung. Somit war es nur folgerichtig die Diskussion in den Fachausschüssen fortzusetzen und eine sachliche Abwägung pro und contra vorzunehmen.

Daraus „Wirtschaftsfeindlichkeit“ zu konstruieren, wie es Vertreter der SPD jetzt tun, ist lediglich Politklamauk und der Ernsthaftigkeit des Themas nicht angemessen.

Schülerbeförderung muss erneut auf den Prüfstand

Mit zwei Anträgen will DIE LINKE für Verbesserungen im Sinne der Schülerinnen und Schüler sorgen.

Stefan Schmidt machte in der Debatte deutlich, dass „zum einen die Mindestentfernungen für die Kostenübernahme in der Landeshauptstadt für Schüler bis zur 6. Klasse auf 1 Kilometer und für ältere Schüler auf 2 Kilometer reduziert werden sollen, bisher seien diese doppelt so hoch“. Zum anderen „solle die Schlechterstellung, die durch die Einführung der landesfinanzierten Schülerbeförderung für Anspruchsberechtigte aus dem Bildungs- und Teilhabepaket entstanden ist, zum kommenden Schuljahr wieder beseitigt werden“.

Dieses hochkomplexe Thema wird nun zunächst die Fachausschüsse beschäftigen.

Wenn nicht jetzt – Wann dann? Ein Kinder- & Jugendtreff für das Mueßer Holz

Nicht erst seit den Vorfällen im Verein „Power for Kids“ ist bekannt, dass es im Stadtteil Mueßer Holz viele Herausforderungen und echte Probleme gibt. Hoher Ausländeranteil, hohe Arbeitslosenquote, ein Drittel aller Hartz IV Bedarfsgemeinschaften in der Stadt und der höchste Anteil Sozialgeldberechtigter unter 15 Jahren, also armer Kinder, der Handlungsbedarf ist überdeutlich.

„Power for Kids wurde politisch aufgearbeitet, den so wichtigen, weil präventiv wirkenden Kinder- und Jugendtreff gibt es dagegen nach wie vor nicht. Es sei unehrlich einerseits ständig steigende Kosten, beispielsweise bei den Hilfen zur Erziehung zu beklagen und andererseits kein professionelles Angebot mit ausgebildeten Sozialarbeiter in einem Brennpunktstadtteil vorzuhalten“, so Fraktionschef Henning Foerster.

Der Antrag wird jetzt in den Fachausschüssen weiter beraten. Bleibt zu hoffen, dass am Ende eine Entscheidung steht. Was nicht gebraucht wird, sind neuerliche Zustandsbeschreibungen und stapelweise Papier.